



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

BFW-PRESSEMITTEILUNG

Sinkende Baugenehmigungszahlen: Worten müssen endlich Taten folgen!

Berlin, 16.08.2018. „Der Rückgang bei den Baugenehmigungszahlen ist ein Warnschuss für die Politik. Durch fortdauerndes Abwarten erreichen wir hier keine Trendwende. Wenn es der Politik wirklich ernst ist mit dem Vorhaben, den Neubau anzukurbeln, müssen Worten endlich Taten folgen!“ forderte BFW-Präsident Andreas Ibel angesichts der Baugenehmigungszahlen des ersten Halbjahres 2018. Diese wurden heute vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht.

Demnach ist die Zahl der Baugenehmigungen in Deutschland von Januar bis Juni 2018 um 0,6 Prozent gesunken. Insgesamt wurde der Bau von 168.500 Wohnungen genehmigt. Die Zahl der Baugenehmigungen für neue Mehrfamilienhäuser ist zwar um 4,9 Prozent gestiegen. Dagegen ist die Zahl der Baugenehmigungen für neue Einfamilienhäuser um 1,6 Prozent und für neue Zweifamilienhäuser um 2,9 Prozent zurückgegangen.

„Bei den derzeitigen Rahmenbedingungen sind die Handlungsspielräume von Bauherren und Investoren ausgeschöpft“, sagte Ibel. „Bauland ist in den Ballungsgebieten kaum noch erhältlich, Konzeptvergaben werden nach wie vor Höchstpreisen vergeben. Zudem wird den Immobilienunternehmen durch fehlendes Baurecht, langwierige Genehmigungsverfahren und die steigende Vorschriftenflut jene Planungssicherheit genommen, die sie für mehr Investitionen in den Neubau brauchen.“

„Was für eine Trendwende bei den Baugenehmigungen nötig ist, ist der gemeinsame politische Wille für mehr Neubau – und zwar bei Bund, Ländern und Kommunen“, forderte Ibel. „Hierzu hat der BFW im Bundesbauministerium eine Reihe an Vorschlägen eingereicht, wie mehr Bauland aktiviert, Genehmigungsverfahren beschleunigt und Baukosten gesenkt werden können. Nur wenn alle Akteure bei der Umsetzung dieser Maßnahmen an einem Strang ziehen, können wir diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe stemmen!“

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerboneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitige

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

tigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de